

SAMMELBESPRECHUNGEN

POLITIKWISSENSCHAFT IN DER
EMIGRATIONSFORSCHUNG

Hubertus Buchstein/Peter Th. Walther

Wie die Geschichte der Geistes- und Sozialwissenschaften lehrt, hat der Stand des Konjunkturbarometers eines Paradigmas oder einer Themenstellung mit dem Forschungsgegenstand selbst recht wenig zu tun. Momentane Modebereiche sind Wissenschaftsgeschichte und Exilforschung, die sich in den letzten Jahren zu einem interdisziplinär betriebenen Forschungszweig gemauert haben. Doch die in der Bundesrepublik spät in Gang gekommene Erforschung des Exils zehrt seit ihrer Etablierung von gewissen Verzerrungen und Mythenbildungen. Mittlerweile ist dieser für die Erschließung unseres wissenschaftlichen und kulturellen Erbes so wichtige Forschungszweig etabliert genug für einen nüchternen Blick. Exilforschung kann betrieben werden, ohne daß man die Emigranten immer zugleich auch als die politisch Überlegeneren und moralisch Besseren darstellen muß, ohne daß man sie automatisch als die wissenschaftlich Versierteren oder wissenschaftsgeschichtlich Einflußreichsten auszeichnen muß. Die Wenigsten waren ab 1933 freiwillig gegangen in einem demonstrativen Akt politischen Protestes. Zu Beginn des neuen Regimes war das Hauptfluchtmotiv die realistischere erwartete Verfolgung oder schlicht die Ausschaltung aus dem Erwerbsleben. Auch der größte Teil der sozialwissenschaftlichen Emigration zählte nicht zur politischen, sondern zur sogenannten russischen Emigration. Mancher in die Emigration Gezwungene und dann im Ausland als lautstarker Gegner des Dritten Reiches Profilierte hatte sich zuvor redlich bemüht, der neuen Ordnung dienen zu dürfen. Genannt seien nur der Historiker Hans Rothfels und der spätere Politikwissenschaftler Arnold Bergstraesser.

Die Entwicklung der westdeutschen Politikwissenschaft gilt gern als Paradebeispiel des Exileinflusses „für das Bewußtsein ganzer Fächer“ (Frühwald 1987: 55). Genannt sei nur das Votum von M. Rainer Lepsius (1981: 478), der von „größter Bedeutung“ der Remigration für die Konstituierung des Faches spricht (Lepsius 1981: 478) oder das von Alfons Söllner, der in der Emigration die „vermutlich wichtigste Station“ zur Wiederbegründung der Disziplin nach 1945 sieht (Söllner 1986: 503). Das Wörtchen ‚vermutlich‘ deutet indes an, daß es an empirisch ausgewiesenen Arbeiten der Exilforschung zum Thema Politikwissenschaft noch mangelt und die behaupteten wissenschaftsgeschichtlichen Zusammenhänge weitgehend auf tradierten Spekulationen beruhen, die sich auch durch die neueren Ergebnisse der Emigrationsforschung nicht erhärten lassen.

I.

Einen mit statistischen Auswertungen bereicherten Überblick über „Schriftsteller, Wissenschaftler und Künstler in der Emigration nach 1933“ – so der Untertitel seines Bandes – bietet Horst Möller in dem Buch *Exodus der Kultur*. Der Band ist eine erweiterte Fassung seines ursprünglich im *Biographischen Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933* erschienenen Beitrages. Übersichtlich handelt er in drei Kapiteln die Weimarer Vorgeschichte, die Schwerpunkte der Kulturemigration sowie die Frage einer Rückkehr ab. Die Politikwissenschaft wird nicht separat aufgeführt, sondern je nach Person bei den Geistes- oder den Sozialwissenschaftlern thematisiert. Der Informationswert des Buches wird schon durch einige Detailfehler erheblich gemindert. Ärgerlich, weil völlig unnötig, sind Fehler in den Namenslisten, die Möller teilweise wie Telefonbuchauszüge vorlegt. So sind bei den Historikern

Leonard Krieger und Carl Schorske als Emigranten aufgenommen, obwohl beide in den USA geboren und aufgewachsen sind – wie man anhand gängiger biographischer Nachschlagewerke unschwer feststellen kann. Die Historikerin Hedwig Hintze und die Juristin Magdalena Schoch, Privatdozentinnen in Berlin bzw. Hamburg, fanden dagegen keine Aufnahme. Alfred Weber wird fälschlicherweise zum Emigranten und Eckart Kehr, den als Emigranten zu bezeichnen begründet werden müßte, ging laut Möller nicht 1933, sondern schon 1931 in die Vereinigten Staaten. Es ist unverständlich, wie einem Mitherausgeber des *Biographischen Handbuchs* derartige Schnitzer unterlaufen konnten.

Leider bietet Möller mit seinem Band weder eine Einleitung zur Exilforschung noch eine Zusammenfassung des Forschungsstandes und der Forschungslücken. Er bleibt selbst hinter dem Forschungsstand des genannten Handbuchs zurück und greift zu Verallgemeinerungen, wo präzise Angaben über Forschungslücken notwendig wären. Obwohl er selbst im Vorwort seines Buches konstatiert, daß es sowohl an „Untersuchungen zu den meisten wissenschaftlichen und künstlerischen Disziplinen als auch an Länderstudien, die die spezifischen Aufnahmebedingungen für die Emigranten und ihr weiteres Schicksal hinreichend untersuchen (fehlt)“ (7), entgeht sein Überblick nicht einer gewissen Bauchnabelperspektive. Durchgängig schreibt er einzelnen Wissenschaftlern oder Disziplinen im Aufnahmeland „überragende Leistungen“ oder „bedeutenden Einfluß“ zu. Über die Politikwissenschaft heißt es ebenso pauschal, die zurückgekehrten Emigranten „prägten den Aufbau des Faches in der Bundesrepublik und eine Generation von Politikologen“ (108). Größtenteils unberücksichtigt bleibt in seiner Darstellung die Tatsache, daß die deutschen Exilanten für die Aufnahmeländer und deren scientific communities Immigranten waren.

Wesentliche Bausteine der Emigrationsforschung sind Landesstudien der Aufnahmeländer. Patrik von zur Mühlen hat mit seinem Buch *Fluchtziel Lateinamerika* sogar eine Halbkontinentalstudie vorgelegt. Mühlen gibt mit deutlichem Interesse für die Entwicklung der exildeutschen politischen Organisationen und ihrer Publikationen eine Gesamtdarstellung, die er geschickt zwischen die Gegenpo-

le Mexiko und Argentinien aufspannt und so die gesamte Brandbreite des organisierten Exillebens in den Blick nehmen kann. Er berücksichtigt die berufliche soziale Integration ebenso wie Probleme der Rückkehr, der „Wiedergutmachung“ und der Wiedereinbürgerung. Für die Politikwissenschaft im Exil bietet sein Band zwar kaum Material, dies mindert den historiographischen Wert seines ungemein faktenreichen Buches jedoch nicht im Geringsten. Besonders anschaulich gelingt es Mühlen, die Schwierigkeiten der „mentale Integration“ (52) in der neuen Heimat zu beschreiben. – Die von ihm geschilderten Akkulturationsprobleme werden noch anschaulicher, liest man autobiographische Berichte von Emigranten. Drei solcher Zeugnisse finden sich in dem von Ilja Srubar edierten Sammelband *Exil, Wissenschaft, Identität – die Emigration deutscher Sozialwissenschaftler 1933–45*. Das Buch versammelt Beiträge, die 1984 auf einer Tagung des Konstanzer Sozialwissenschaftlichen Archivs gehalten wurden. Reinhard Bendix macht in seinem rückblickenden Vergleich zwischen seiner eigenen Emigration als zweiundzwanzigjähriger Student und der seines bereits über sechzigjährigen Vaters in plastischer Weise auf einige der wesentlichen Bedingungsfaktoren für das alltägliche und das wissenschaftliche Einleben im Exil aufmerksam. Zu den generationsspezifischen Unterschieden rechnet er an erster Stelle die altersabhängige Fähigkeit, sich in einer neuen Sprache und deren lebensweltlichen Konnotationen zurechtzufinden. Zurückhaltend äußert sich Bendix zur Frage des Wissenschaftstransfers durch die Emigranten. Auch wenn sein eigenes Selbstverständnis immer das eines Mittlers zwischen europäischen und amerikanischen Entwicklungen gewesen sei, so „habe ich eher amerikanische Rückwirkungen auf die ideengeschichtliche Entwicklung in Deutschland beobachten können als tiefgreifende Auswirkungen der deutschen Emigration auf Amerika“ (36). Die Fragestellung von Irving L. Horowitz konzentriert sich auf die Kritik der exilierten Sozialwissenschaftler an den damaligen Staats- und Gesellschaftsordnungen. Für Horowitz ist das Bewußtsein der deutsch-jüdischen Herkunft und die sozialistische oder sozialdemokratische Orientierung mit ihren religiös-ethischen Traditionen bei der Majorität der emigrierten Sozialwissenschaftler das entscheidende Ele-

ment der Tatsache, daß sie nahezu ausschließlich in den demokratisch-kapitalistischen Westen gingen. Die geradezu „naturegegebene“ Ablehnung des Nationalsozialismus und der nicht minder entwickelte Widerwille gegen Stalins Sozialismusvariante sensibilisierte gerade sie zur Wahrnehmung von Parallelen zwischen beiden Systemen. Politiktheoretisch mündeten ihre Analysen in der Ausarbeitung von Totalitarismustheorien.

Wie schwierig es indes ist, die von Bendix angerissene Frage nach den genaueren inhaltlichen und konzeptionellen Einflüssen in der Emigration befriedigend zu klären, verdeutlichen zwei von *Alfons Söllner* edierte Dokumentationsbände mit dem etwas präntösen Titel *„Zur Archäologie der Demokratie in Deutschland“*, in dem Söllner zwanzig Dokumente der Research and Analysis Branch des amerikanischen Office of Strategic Services (OSS) präsentiert, die unter maßgeblicher Beteiligung von Franz L. Neumann, Otto Kirchheimer und Herbert Marcuse angefertigt worden waren. Der zeitgeschichtliche Reiz der Dokumente ist angesichts des neueren Forschungsstandes eher begrenzt. Interesse versprechen sie, wenn sie wissenschaftshistorisch und theoriebiographisch als Syntheseprodukte amerikanischer und deutscher Wissenschaftstraditionen gelesen werden sollen – so jedenfalls das Anliegen Söllners. Mit dem Eintritt in den OSS brach bisher die zugängliche Produktion von Marcuse, Kirchheimer und Neumann ab. Entsprechend apostrophiert Söllner seine Edition als „bislang verdeckte Geschichte der politikwissenschaftlichen Fraktion der Kritischen Theorie“. Trotz der von ihm höchst selektiv vorgenommenen Textinterpretationen bleibt bei näherer Betrachtung von der beschworenen Synthese Kritischer Theorie mit Political Science wenig übrig. Denn die Dokumente weisen schon von ihrer konzeptionellen Seite her weniger auf subtile Restbestände Kritischer Theorie hin als auf einen Typus empirisch orientierter Sozialwissenschaft, wie er später in der Bundesrepublik unter dem Titel ‚Politische Soziologie‘ betrieben wurde. Söllners Anliegen, nach Synthesen zwischen amerikanischer und deutscher Wissenschaftstraditionen zu fragen, wird damit nicht hinfällig. Möglicherweise fällt seine Suche nur deshalb so unbefriedigend aus, weil er die Spuren falscher Stränge gesucht hat. Wahrscheinlich gelangt man zu einer stimmige-

ren Interpretation, wenn man Neumann und Kirchheimer weniger in den Kontext der Kritischen Theorie als in den des eher traditionellen Marxismus der Weimarer Sozialdemokratie stellt. Die Verbindungen wären dann zu suchen zwischen den wissenschaftlichen Konzeptionen jüngerer deutscher Sozialdemokraten und den Debatten im amerikanischen Wissenschaftsbetrieb der Rooseveltischen Reformära.

II.

Daß die an Hand des Buches von Söllner geschilderten Probleme bei der Ermittlung von Wissenstransfer nicht allein seiner Interpretationsmethode zuzuschreiben sind, sondern auf generelle Schwierigkeiten hinweisen, zeigen vier andere Arbeiten der neueren Emigrationsforschung. Wie schwer es ist, Einflüsse eines Gastlandes auf politische Vorstellungen von Emigranten genauer nachzuweisen, wird deutlich an zwei Beispielen aus dem englischen und französischen Exil. In beiden Fällen werden in der Emigration ähnliche demokratietheoretische Positionen vertreten. Doch völlig unterschiedlich ist der Anteil der spezifischen Erfahrung im jeweiligen Gastland.

Nach England war Karl Mannheim gegangen. Er ist aus Sicht der Politikwissenschaft schon deshalb interessant, weil er 1929 in seinem ‚Ideologie und Utopie‘ das Programm einer – alle relevanten Weltanschauungen synthetisierenden – Politik als Wissenschaft proklamiert hatte. Der Ruf seines Buches ging Mannheim bis nach London voraus, wo er sich 1933 an die London School of Economics (LSE) geflüchtet hatte. Es war für ihn bereits die zweite Emigration, denn 1919 hatte er nach dem Sturz der Räterepublik Ungarn verlassen müssen. Mannheim wurde lange Zeit geradezu als Prototyp eines in der Emigration erfolgreichen Sozialwissenschaftlers gehandelt. Zumindest für seine zweite Emigration widerspricht *Sigrid Ziffus* in dem schon genannten Sammelband von Ilja Srubar dieser Sichtweise. Nie, so bestätigt sie die Ergebnisse der neueren Mannheim-Forschungen von Nico Stehr und David Kettler, habe dieser an der LSE wirklich Fuß fassen können, geschweige denn sein ambitioniertes Vorhaben, zusammen mit Harold Laski und Morris Ginsberg die englische Soziologie

völlig neu zu fundieren, zu realisieren vermocht. Nun ließe sich die lange Wirkungs- und Erfolgslosigkeit Mannheims in England damit erklären, daß es ihm möglicherweise an dem Willen, sich in den bestehenden Wissenschaftsbetrieb des Gastlandes einzulassen, gemangelt habe. Doch einer solchen Erklärung sperrt sich schon Mannheims Selbstverständnis als wissenschaftlicher Exilant. In einem kleinen Artikel, *„The Function of the Refugee“*, hatte er dargelegt, welch innovative Funktion dem Emigranten zufällt. Wie Simmels ‚Fremder‘ ist er prädestiniert für die kritische Diagnose der Gesellschaft, in der er lebt. Mannheims ‚Refugee‘ hat weitergehend die Aufgabe, sich jenseits von Gesellschaftskritik aufzuschwingen zu einer weiterführenden theoretischen Synthese. Als Ort einer solchen Synthese bei Mannheim lokalisiert Ziffus den Moot-Kreis, eine Gruppe von – neben den beiden Exilanten Mannheim und Adolph Löwe – englischen Philosophen, Kirchenvertretern, Historikern und Schriftstellern mit so bekannten Namen wie T. S. Eliot, A. D. Lindsay oder Fred Clarke, dem Direktor des Instituts of Education an der Universität London, wohin Mannheim nach Jahren mäßig dotierter Teilzeitstellungen an der LSE schließlich nach dem Kriege einen Ruf erhielt. Seit 1938 nahm Mannheim an den regelmäßigen Treffen des Moot-Kreises teil. Jede seitdem von ihm publizierte Arbeit hatte ihren Ursprung in einem vor der Gruppe gehaltenem Vortrag. Im Unterschied zu bisherigen Arbeiten über Mannheim betont Ziffus nicht nur die psychologische Bedeutung, die der Kreis für Mannheim hatte, sondern sie veranschlagt auch den inhaltlichen Einfluß der Moot-Debatten auf sein weiteres Werk relativ hoch. Ausgeführt wird diese These an der Elite-Konzeption, der Rolle der Pädagogik sowie der positiveren Sicht der Religion bei Mannheim. Die aus politikwissenschaftlicher Sicht interessanteste Lehre aus den Zusammenbruch der Weimarer Demokratie faßt Mannheim in jenen Jahren in seinem Konzept der ‚militant democracy‘ zusammen. Er meinte damit eine politische Ordnung, die sich um sozialen Ausgleich bemüht und dabei auf einem allen Beteiligten gemeinsamen Fundament soziokultureller Werte basiert – also genau die Vorstellung, die in der westdeutschen Politologie der sechziger Jahre unter dem Etikett ‚nicht-kontroverser Sektor‘ in der von Ernst Fraenkel ausformulierten Neopluralismustheorie Karriere machen sollte. Aus dem Beitrag von Ziffus geht nicht hervor, inwieweit auch dieser Gedanke Mannheims vom Moot-Kreis inspiriert gewesen ist. Doch selbst wenn dieser Aufweis gelänge, gäbe es wenig Anlaß zu entsprechenden Generalisierungen bezüglich des Emigrationseinflusses auf Politische Theorien.

Deutlich wird dies, wenn man nach Paris, dem bis 1940 unbestrittenen Zentrum der deutschen Emigration, blickt. *Walter F. Peterson* hat sich in seiner Monographie über die 1933 gegründete deutschsprachige Pariser Exilzeitung ‚Pariser Tageblatt‘, später ‚Pariser Tageszeitung‘ kritisch mit Zielen und Geschichte der ehemaligen Creme des Berliner links-liberalen Journalismus auseinandergesetzt. Seine Darstellung beginnt mit der Tätigkeit von späteren Journalisten des Exilblattes wie Georg Bernhard, Carl Misch und Kurt Caro bei der ‚Vossischen Zeitung‘, der ‚Berliner Volkszeitung‘ und dem ‚Berliner Tageblatt‘. Ausführlich werden die Gründung des ‚Pariser Tageblatts‘ geschildert, ihre internen politischen und persönlichen Auseinandersetzungen und finanziellen Probleme, die Hintergründe ihrer Neugründung unter dem Namen ‚Pariser Tageszeitung‘ und die Versuche kommunistischer Finanziere, Einfluß auf das liberale Profil des Blattes zu bekommen, bis es kurz vor dem Einmarsch der Deutschen in Paris im Sommer 1940 eingestellt werden mußte. Besonders kritisch geht Peterson mit der Darstellung des Dritten Reiches in der Zeitung ins Gericht. Sie publizierte ausschließlich Mißerfolgsmeldungen über das neue Regime und währte es mehrfach vor dem innenpolitischen Zusammenbruch. Dieses, wie Peterson es nennt, „Cassandra Syndrome“ (119) zeitigte mittelfristig überaus negative Folgen, nämlich den Verlust der Glaubwürdigkeit. Aus Sicht der Politischen Theorie ist interessant, wie die Leitartikler der Exilzeitung wie auch Mannheim in ihrer Emigration nicht nur Leid, sondern auch eine produktive Chance sahen.

Doch wie verschieden war die jeweilige Perspektive. Während Mannheim darunter die Synthese zweier unterschiedlicher Wissenschaftstraditionen verstand, blieb der Blick der Zeitungsredakteure starr auf das deutsche Problem gerichtet. Caro beschrieb das produktive Potential des Exils in seinem Artikel *„Vom Sinn der Emigration“* aus dem Jahre 1936. Da in Deutsch-

land völlige Unterdrückung herrsche, ist den Emigranten die Aufgabe zugefallen, über Deutschlands Zukunft in einem „workshop of ideas“ (108) zu rasonieren. Die Fixierung auf Deutschland zeigt sich anhand von Kommentaren zu außenpolitischen Fragen, die – sei es der spanische Bürgerkrieg, die englische Außenpolitik oder die sowjetische Sicherheitspolitik – alle als Schauplätze für eine Neuaufgabe des 1933 verlorenen Kampfes galten. In der Spanischen Republik sahen sie ein Beispiel einer wehrhaften, sich militant verteidigenden Demokratie: „If democracy is to be preserved, it must know how to crush its enemies. German democracy instead of doing just that preferred to led itself be crushed“ (117) wie es Carl Misch im Sommer 1936 (nach der Übersetzung Petersons) formulierte. Die emigrierten Journalisten nahmen sich selbst dabei von selbstkritischer Reflektion keineswegs aus. So bekannte Bernhard 1935, daß sein vormaliger Einsatz für die unbedingte Pressefreiheit ein Fehler gewesen sei. Es bedeute Selbstmord, wenn eine Demokratie ihre aktiven Gegner ungehindert zu Wort kommen lasse (93). Weitere Parallelen zu Mannheim und Fraenkel finden sich in Bernhards Verfassungsentwurf für ein neues Deutschland aus dem Jahre 1936. Für unabdingbar hält er die Bedeutung quasi naturrechtlicher Grundrechte sowie zielgerichtete politische Erziehung für die Demokratie. An anderer Stelle macht er Rousseaus Demokratietheorie mitverantwortlich für eine zerstörerische Überforderung der Weimarer Republik. Folgt man Peterson, so sind alle diese Positionen in einer Art geistiger Ghettosituation formuliert worden. Trotz gewisser Beziehungen zur französischen Volksfrontregierung ist es nie zu einem tieferen Gedankenaustausch gekommen. Entsprechend sind die Wurzeln der Zeitungskommentare nicht in der neuartigen Erfahrung des Exils, sondern in den schon in den zwanziger Jahren noch in Deutschland vertretenen Positionen zu finden. „Mit dieser Republik“ – so hieß es bei Caro 1930 anlässlich des Verbotes des Kinofilms ‚Im Westen nichts Neues‘ in der ‚Berliner Volkszeitung‘ – „die in der Stunde der großen Entscheidung derart schmächtig versagte, wollen wir nichts mehr zu tun haben. Aber wir zweifeln nicht. Wir kämpfen für die zweite Republik, da die erste nicht den unbeugsamen Willen gezeigt hat, für ihre Symbole und vor allem für ihre Ideen, aus denen sie geboren wur-

de, mit allen Mitteln des Staates Respekt zu verlangen“ (39). Das deutsche Exil in Frankreich ist auch Gegenstand der literaturwissenschaftlichen Arbeit „Exil und Engagement: Deutsche Schriftsteller im Frankreich der dreißiger Jahre“ von Albrecht Betz. Nach einem Rückblick auf die Polarisierung unter den deutschen Literaten in den letzten Jahren der Weimarer Republik, die zur Vorgeschichte der Aufspaltung der deutschen Literatur in Exilliteratur und Literatur der im Reich Bleibenden gerät, stellt Betz mit imponierender Detailkenntnis die nahezu ausschließlich politisch orientierte Literaturproduktion der Emigranten in Frankreich dar. Ihr politisch-literarisches Engagement sollte nicht nur den exilierten Deutschen den Rücken stärken, sondern angesichts der Gefahr neuer Faschismen im übrigen Europa auch das französische Publikum erreichen. Doch war die französische Literaturszene strukturell ähnlich gespalten wie die deutsche vor 1933: so suchten und fanden die exilierten Deutschen ebenso ihre Bundesgenossen wie die von Berlin aus koordinierte „echte“ Literatur. Große Teile der Exiltexte lesen sich wie Kommentare zur politischen Entwicklung Deutschlands und Europas in den letzten Jahrzehnten oder auch wie Pläne für ein Nach-Hitler-Deutschland. Wie schon bei den Journalisten waren auch die Texte der Literaten stark von den Illusionen und taktischen Erfordernissen der Exilpolitik geprägt. Die Studie von Betz besticht methodisch dadurch, daß sie aus dem „nationalen Kästchendenken“ in der Exilforschung ausbricht. Das französische Umfeld dient nicht nur als Folie für die deutsche Exilliteratur, sondern Politik und Kultur des Gastlandes werden einbezogen als Orientierungsrahmen der exil- wie reichsdeutschen Literaturpolitik. So ist beispielsweise Lion Feuchtwangers Lobpreisung auf Stalin in „Moskau 1937 – Ein Reisebericht für meine Freunde“ vor allem als Antwort auf Andre Gides desillusionierenden des „Retour de l'U.R.S.S.“ zu lesen.

III.

Zwei andere Studien befassen sich mit exilierten Wissenschaftlern in einem institutionellen „Auffangbecken“, der New School for Social Research in New York. Während im „Normalverfahren“ exilierte Wissenschaftler in den USA

sich darum bemühten, an einer bereits existierenden Universität oder Forschungsanstalt unterzukommen, fällt die Graduate Faculty – also der promotionsberechtigte „Überbau“ – der New School als Neugründung deutlich aus dem Rahmen der akademischen Institutionen in den USA. Peter M. Rutkoff und William B. Scott erzählen in ihrem Buch die Geschichte der New School seit ihrer Gründung im Jahre 1917, die sich gegen die akademischen Verknöcherungen und den politischen Konformitätsdruck vor allem der Columbia University im Ersten Weltkrieg richtete, bis in die siebziger Jahre. Während die New School in ihrem ersten Jahrzehnt lediglich als eine Art avantgardistische Volkshochschule funktionierte, gelang es ihrem Präsidenten Alvin Johnson 1933/34, sie zu einer sozialwissenschaftlichen Universität auszubauen. Dies geschah fast ausschließlich durch die Anwerbung in Europa entlassener oder vertriebener Wissenschaftler. Aus politikwissenschaftlicher Sicht am informativsten sind das sechste und siebte Kapitel des Buches, in denen die faschismus- und die demokratietheoretischen Beiträge der zumeist deutschen Emigranten referiert werden. Wie schon bei Mannheim und den Publizisten im französischen Exil finden sich auch hier zum Teil frappierende Parallelen zu den Argumentationen eines Ernst Fraenkel. Dies gilt etwa für die gesellschaftstheoretische Basis der Pluralismustheorie in Emil Lederers „The State of the Masses“ von 1940, die Rutkoff/Scott folgendermaßen zusammenfassen: „Not only was Marx's prophecy dubious – that class conflict would one day produce a classless society – but its fulfillment spelled disaster. The absence of social classes meant the end of human liberty. 'The social classes', Lederer said, 'are the main productive agents of creativity and their influence is decisive. Social struggle is the great agent of life and what we might term progress'“ (113). Interessant für die deutsche Exilforschung ist, daß die Autoren den Zustrom ausländischer Wissenschaftler durchgängig aus der Perspektive einer amerikanischen Institution beschreiben und somit nach der ‚Verwertbarkeit‘ der Immigranten und ihres Wissens in den amerikanischen scientific communities fragen. Mit dieser Position setzen sie sich von den Perspektiven der meisten deutschen Arbeiten ab. Ob der Aufnahme der europäischen Emigranten an der New School paradigmatische Bedeutung für die

gesamte USA zukommt, muß indes eher bezweifelt werden. Leider wird dieser Aspekt nur indirekt angesprochen. Die Außenseiterposition der New School und ihrer Fakultätsmitglieder aufgrund ihrer Gründungsgeschichte, personellen Zusammensetzung und intellektuellen Tradition wird zwar herausgestellt, aber nicht deutlich gegen die vermeintliche Norm der akademischen Landschaft an der Ostküste abgesetzt. Weniger ins Gewicht fallen einige falsche Angaben zur Geschichte der Weimarer Republik – so wird die Inflation bis 1924 verlängert, die großen Wahlerfolge der NSDAP auf das Jahr 1929 vordatiert oder Hans Staudinger zum Preussischen Handelsminister ernannt. Das Verhältnis des Lektorats zur nicht-englischen Orthographie ist durchgehend gestört. Strukturell leidet die Darstellung von Rutkoff/Scott zuweilen darunter, daß in den einzelnen Kapiteln Sammelbiographien, Ideengeschichte und Organisationsgeschichte in bunter Mischung präsentiert werden, aber weniger eine Institutionengeschichte der New School. Angesichts der generell unbefriedigenden Lage im Bereich wissenschaftlicher Institutionengeschichten – man denke nur an die traditionellen Universitätsfestschriften – ist es den Autoren jedoch gelungen, ein insgesamt spannend zu lesendes Buch vorzulegen.

Mit der New School befaßt sich auch ein Beitrag von Claus-Dieter Krohn in dem erwähnten Sammelband von Ilja Šrubar. Krohns Aufsatz ist ein Ausschnitt seines gleichzeitig zu Rutkoff/Scott erschienenen Buches über die New School (Krohn 1987). Roter Faden seines Artikels ist die Entwicklung der „Kieler Schule“ der Nationalökonomie vom Institut für Weltwirtschaft in Kiel und an der Universität Frankfurt am Main zum Exil an der New School. Die Karrieren dieser Gruppe sozialdemokratisch orientierter und staatliche Interventionen größeren Ausmaßes befürwortenden Gruppe von Wirtschaftswissenschaftlern – unter ihnen Adolph Löwe, Hans Neisser, Gerhard Colm und Emil Lederer – wird von Krohn in ihrer professionellen und theoretischen Entwicklung stringent präsentiert; und zwar derart stringent, daß der Leser erst gar nicht auf die Idee kommen kann, daß es außerhalb von Kiel, Frankfurt und 66 West Twelfth Street überhaupt noch nennenswerte Reformökonomien gegeben haben könnte – sei es in Deutschland, Oxbridge oder gar Harvard.

Anhand der beiden Studien über die New School wird deutlich, welchen Einfluß die jeweilige Forschungsperspektive auf die Ergebnisse von Exilforschung hat: ob die Exilanten primär als Verlust für Deutschland registriert werden, aus Sicht der USA als Immigranten betrachtet werden, oder aber die Zwiespältigkeit der damaligen Situation in ihrer Ambivalenz zwischen Sich-entwickeln-von und Sich-neuzurechtfinden-in rekonstruiert werden kann aus dem „Mitwandern“ eines heutigen Forschers. Sinnvollerweise müssen bei wissenschaftshistorischen Arbeiten die deutschen Traditionen wie die Gepflogenheiten des Aufnahmelandes in ihrer möglichen Isolierung wie in ihren Verknüpfungen berücksichtigt werden. So müßte für die New School nachgeholt werden, wie sie – Fachrichtung für Fachrichtung – im US-amerikanischen Wissenschaftssystem zu verorten ist und welche Stellung sie in der New Yorker, der Ostküsten- und generell der amerikanischen Hochschullandschaft einnehmen konnte. Welche Rolle die exilierten Professoren an der New School als Gruppe oder als Einzelne für die Entwicklung der amerikanischen Sozialwissenschaften letztendlich spielten – ob als Anreger, Vermittler oder Ballast – bleibt auch nach den beiden Studien im wesentlichen unbeantwortet. Man stellt sich nach der Lektüre beider Bücher die Frage, ob nicht die New School, die ja am äußersten Rande des traditionellen Hochschulsystems etabliert worden war, gerade als Hochschule, an der „die Uhren etwas anders gingen“ (Habermas 1970: 403), eine besondere Attraktivität für Wissenschaftler „am Rande“ ausgeübt hat und noch weiterhin ausübt; ob also die Aufnahme emigrierter deutscher Sozialwissenschaftler an der New School nicht vielmehr die Integration von Außenseitern in einer Außenseiteruniversität bedeutete. Damit wäre dann das Problem des Einflusses und der Wirkung der Emigration in den USA anders thematisiert. Wie wenig geklärt das Ausmaß des Wissenschaftstransfers ist, wird deutlich, wenn Hans Speier – selbst Emigrant und jahrelang Professor an der New School – die Schilderung der breiten Max Weber-Rezeption an der New School bei Rutkoff/Scott für schlichtweg „exaggerated“ erklärt (Speier 1987: 279).

IV.

Unabhängig von der Frage, in welchem Ausmaß die Emigranten in inhaltlicher und konzeptioneller Hinsicht wirklich vom Wissenschaftsbetrieb des Gastlandes beeinflusst wurden – wie hoch ist ihr Einfluß als Remigranten oder auch nur zwischenzeitlich als in Deutschland wieder Engagierte auf die westdeutsche Politikwissenschaft zu veranschlagen? Skeptisch wird man, wenn man einen vergleichenden Blick auf benachbarte Aktionsfelder des Exils wirft. Einige neue solcher Ergebnisse sind zusammengestellt in einem von *Thomas Koebner, Gert Sautermeister* und *Sigrid Schneider* herausgegebenen Sammelband mit dem Titel *Deutschland nach Hitler – Zukunftspläne im Exil und aus der Besatzungszeit*. In einundzwanzig Beiträgen werden Zeitanalysen und Zukunftsideen von Politikern, Sozialwissenschaftlern, Publizisten und Schriftstellern vorgestellt. So breit das Panorama der versammelten Aufsätze auch ist, in einem Punkt sind sie sich seltsamerweise fast alle einig: in der relativen Bedeutungslosigkeit des Exils für die deutsche Nachkriegsentwicklung. Emigrierte Politikwissenschaftler kommen in dem Band auf drei Ebenen zu Wort. In der Rolle der philosophisch orientierten Intellektuellen Hannah Arendt, als politischer Aktivist Richard Löwenthal und als Mitarbeiter amerikanischer Militärbehörden Franz L. Neumann. *Michael Winkler* befaßt sich in seinem Beitrag mit den politischen Analysen und Prognosen des Freundeskreises Erich Kahler, Hermann Broch und Hannah Arendt. Er zeigt auf, wie sich in ihren Arbeiten trotz aller Differenzen in den Grundpositionen parallele Gedankengänge entwickeln. Winkler versucht Verständnis dafür zu wecken, woran sich schon die zeitgenössische Kritik stieß, die „idealistische Abstraktheit“ ihrer Überlegungen und der Mangel an praxisrelevanter Perspektive. Alle drei blieben wirkungslos für die amerikanische Deutschlandpolitik. Ihre zum Teil selbstgewählte Rolle als Außenseiter sieht Winkler fundiert in einer allen drei gemeinsamen Tendenz zur „pessimistischen Radikalität“. Was bei eher philosophisch und künstlerisch orientierten Emigranten wenig überrascht, findet ein unerwartetes Pendant bei den aktiven Politikern im Exil. Ein Aufsatz von *Klaus Voigt* erinnert an die unterschiedlichen Gedanken, die man sich im Exil über die Neugestalt-

der internationalen Beziehungen machte. Vier Ordnungsmodelle destilliert er aus der Vielzahl an Ideen und Vorschlägen. Einmal die schlichte Kooperation zwischen souveränen Einzelstaaten; dann einen weiterentwickelten Völkerbund mit nun allerdings souveräner Entscheidungsbefugnis; desweiteren eine Art „Vereinigte Staaten von Europa“; sowie schließlich das Modell, das historische Realität werden sollte, eine gegenseitige Ergänzung von europäischer Förderung und Völkerbund. Zweierlei sticht bei all diesen Konzepten ins Auge. Voigt zufolge entsprach die Diskussion im Exil weitgehend den Vorstellungen im deutschen Widerstand, und das, obwohl beide miteinander und die verschiedenen Emigrantenkreise untereinander keinen oder nur geringen Kontakt hatten. Voigts Erklärung für diese Entsprechungen deckt sich auffallend mit den Befunden Petersons über die Exilpresse: überall wurde schlicht der deutsche Diskussionsstand vor der Emigration wieder aufgenommen, Bemerkenswert ist zweitens der politische Standort derjenigen, die sich im Exil mit der Frage einer internationalen Neuordnung befaßten. Den Anteil der Kommunisten und – bis auf Hermann Rauschning – der Konservativen setzt Voigt gering an. Fast sämtliche Konzeptionen stammten aus Kreisen Liberaler, Sozialdemokraten und Linksozialisten. Letztere, wie etwa Richard Löwenthal, schätzt Voigt dabei als die Innovativsten ein. Auf den realen politischen Einfluß der Emigranten angesprochen, muß jedoch auch er einräumen: „Unmittelbare Auswirkungen der Diskussionen im Exil auf die Nachkriegszeit sind so gut wie nicht zu erkennen“ (119). Gleichsam seine innenpolitische Ergänzung findet dieser Befund in einem Beitrag von *Wolfgang Benz*. Benz vergleicht die im Widerstand und Exil entstandenen Konzeptionen für eine deutsche Nachkriegsdemokratie. Seine Auswahl illustriert einmal mehr, welch unterschiedliche Lehren aus dem Zusammenbruch von 1933 gezogen wurden. Die Skala der neuen Rezepturen reichte von radikaler gesellschaftlicher Umgestaltung bis zu Modifikationen im Wahlrecht. Folgt man seiner Darlegung weiter, so rekurrten die emigrierten Politiker weitgehend auf sich selbst, respektive ihre Weimarer Debatten. Lediglich in den Vorstellungen der Gruppe „Das Demokratische Deutschland“ im Schweizer Exil mit Otto Braun, Wilhelm Hoegner und Joseph Wirth mag Benz eine

gewisse Adaption politischer Ideen des Exillandes wiedererkennen. Und so unterschiedlich die Konzeptionen über die äußere Gestalt und die Innenausstattung der Nachkriegsdemokratie gewesen waren, in der deutschen Diskussion nach 1945 spielten sie laut Benz „keine oder doch keine nennenswerte Rolle“ (210).

Bleibt ein dritter Bereich, wo Politikwissenschaftler des Exils tätig waren. Gleichsam am nächsten zu den Schalthebeln der Macht saßen solche, die im Dienst amerikanischer Behörden oder Geheimdienste standen. Deren Einfluß auf die amerikanische Deutschland- und Europapolitik ist bislang nicht zusammengefaßt untersucht worden. Zwar sind mittlerweile Dutzende von Nachkriegsplänen von Exilanten und alliierten Stellen bekannt, doch fehlen Studien über deren Zusammenhänge und vor allem die Implementation dieser Vordenkerarbeiten. Hier bietet *Claus-Dieter Krohn* mit seinem Aufsatz über die Nachkriegsplanungen im Institute of World Affairs an der New School neue Ergebnisse. Er schildert die Voraussetzungen der von Adolf Löwe initiierten Forschungen, beschreibt die erwarteten politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen Nachkriegseuropas und stellt kurz dar, wo Exilanten als „Plänemacher“ oder Experten letztlich amerikanische Besatzungspolitik mitbestimmten. Realen Einfluß hatten demzufolge Arnold Brecht und Hans Simons auf die Ausarbeitung des Grundgesetzes sowie Gerhard Colm und Raymond Goldschmidt auf die Währungsreform, deren beabsichtigte Koppelung an einen stärker umverteilenden Lastenausgleich allerdings nicht stattfand. Völlig anders fällt demgegenüber das Ergebnis einer Fallstudie von *Alfons Söllner* aus. Vorbehaltlos räumt er die Wirkungslosigkeit der Tätigkeit der politikwissenschaftlichen Emigranten Franz L. Neumann, Otto Kirchheimer und John H. Herz auf die Gestaltung der amerikanischen Deutschlandpolitik ein. Er faßt in dem Aufsatz einige der Thesen seiner oben erwähnten Dokumentensammlung zusammen und ordnet sie in ein dreistufiges Modell von Akkulturationsebenen ein: die Ebene der politischen Identität, die der Wissenschaftsauffassung im engeren Sinne und die der sozialen Beziehungen. Was die hier interessierende erste Ebene betrifft, läßt Söllner das harte Urteil des ehemaligen OSS-Mitarbeiters Herz zu Wort kommen: „Um die Erfahrungen nach 1945 zusammenzufassen: wir Emi-

granten waren alle enttäuscht über unsere Einflußlosigkeit, über die Wirkungslosigkeit dessen, was wir jahrelang ausgearbeitet hatten, daß einer nach dem anderen das Gefühl kriegte: hier haben wir nichts mehr zu suchen“ (141 f.).

V.

Eine Erklärung für die durchgehend festzustellenden Schwierigkeiten bei der Analyse von Wirkungen und Folgen der wissenschaftlichen Emigration läßt sich finden, wenn man den eingübten Blick auf Gewinne und Verluste durch Emigration kurz innehält für einige wissenschaftstheoretische Überlegungen. Einen derartigen Versuch, den Schwierigkeiten in der Forschungspraxis auf den Grund zu gehen, unternimmt Klaus Fischer in einem Beitrag in der Festschrift für Herbert A. Strauss. Von den insgesamt vierundzwanzig wie bei Festschriften üblich eher locker um den Buchtitel – in diesem Falle lautet er „Antisemitismus und jüdische Geschichte“ – gruppierten Beiträgen befassen sich vier mit Fragen der Emigration während der NS-Zeit. Rainer Kölmel berichtet über die Anfänge der Association of Refugees in London, Konrad Kwiet skizziert die Biographie Max Josephs, Leiter der australischen Association of Refugees, und Alfons Söllner wendet das Strauss'sche Akkulturationskonzept auf die Entwicklung des Politikwissenschaftlers Hans A. Morgenthau an. Der Beitrag von Klaus Fischer versteht sich als Versuch, die Emigrationsforschung an das Reflexionsniveau der gegenwärtigen wissenschaftstheoretischen Diskussionen anzuschließen. Sein Vergleich beider Arbeitsbereiche fällt ernüchternd aus: „Fast allen Analysen zur Wissenschaftsemigration liegt ein Wissenschaftsverständnis zugrunde, das entweder am vergleichsweise linearen Fortschrittsideal des Logischen Empirismus bzw. an der Idee des methodisch gesicherten Fortschritts durch Falsifikation alter Theorien (Popper) orientiert ist oder völlig implizit bleibt“ (277). Statt weiterhin nach „objektiven Erkenntnisfortschritten“ in den jeweiligen Fachwissenschaften zu fragen, müsse sich die Emigrationsforschung, wenn sie zu validen Aussagen über die wissenschaftliche Relevanz der Leistungen von Emigranten gelangen will, in Zukunft auf die Frage nach der sozialen An-

erkennung innerhalb der jeweiligen Fachwissenschaft konzentrieren. In dem *Jahrbuch 6 für Exilforschung* von 1988, das diesmal unter das Thema *Die Vertreibung der Wissenschaften* gestellt ist, bewährt sich Fischers methodologisches Plädoyer in einer Einflußanalyse der deutschsprachigen Kernphysiker in der Emigration nach 1933. Die dabei angewendeten „szientometrischen Methoden“ (72) bestehen aus Zitationsanalysen und die Genese von Clustern in Cozitationsmatrixen. Angesichts der empirischen Defizite in der Exilforschung und Wissenschaftsgeschichte der deutschen Politikwissenschaft präsentiert er ein vielversprechendes Konzept. Fischers Zielvorstellung ließe auch genauere Angaben zu politikwissenschaftlichen Fachgeschichte erwarten: „Mit Hilfe einer Totalerhebung sollte es möglich sein, eine Art ‚Landkarte‘ der paradigmatischen und sozialen Struktur eines Faches zu entwerfen und den Veränderungsprozeß dieser Struktur sowie den spezifischen Beitrag der Immigranten zu diesem Veränderungsprozeß zu erfassen“ (293).

Faßt man die neueren Beiträge der Exilforschung zusammen, so ergibt sich bezüglich des Einflusses der Emigration auf die Politikwissenschaft ein erheblich skeptischeres Bild, als es in den eingangs zitierten allgemeinen Statements immer noch gezeichnet wird. Dieser Befund deckt sich auffallend mit Resultaten, wie sie von Seiten der politikwissenschaftlichen Fachgeschichtsschreibung in den letzten drei Jahren ermittelt wurden. Auf organisatorischer Ebene veranschlagt Arno Mohr in einer vergleichenden Studie über die institutionellen Gründungsvorgänge der wichtigsten Hochschulen und Lehrstühle für Politik in der Bundesrepublik den Einfluß von Emigration gering (Mohr 1988). Auf inhaltlicher Ebene ergibt die theoriebiographische Analyse des Werkes des von uns mehrfach zum Vergleich herangezogenen Emigranten Ernst Fraenkel, daß der Stellenwert der Emigrationserfahrung für sein Spätwerk erheblich geringer ist, als bislang gemeinhin angenommen wurde (Göhler 1986).

Abschließend sei es vielleicht erlaubt, sich für einen Moment einem Gedankenexperiment zu überlassen. Wie wäre die Entwicklung der deutschen Politikwissenschaft verlaufen, hätte der Zusammenbruch der Weimarer Demokratie in der politischen Krise der dreißiger Jahre aufgehalten werden können? Stellen wir uns Berlin

vor im Jahre 1950. Quasi aus der Praxis, von Seiten der Deutschen Hochschule für Politik, ist die Politikwissenschaft nach dreißig Jahren des Bestehens der Hochschule unter Protektion der Preußischen Regierung und amerikanischer Stiftungen zu einer international anerkannten Stätte politologischer Lehre und Forschung gereift mit vielfachen internationalen Beziehungen. Von den Dozenten der zwanzige Jahre sind mittlerweile die beiden Neumanns, Wolfers, Simons und Holborn zu anerkannten Vertretern der Disziplin herangewachsen; andere wie Jäckh, Suhr oder Heuss spielen dagegen eher eine kleinere Rolle. Quasi von der Theorie, seitens der Weimarer Staatsrechtslehre, ist gleichzeitig Hermann Heller – dessen früherer Tod auch den Strapazen der Exilierung zuzuschreiben ist – mit der Publikation seiner abgeschlossenen „Staatslehre“ und den daran anschließend geführten Debatten in den einschlägigen Fachzeitschriften eine ansehnliche Schülerzahl gewachsen, die sich anschießt, in Professuren nachzurücken. Heller selbst konnte nach seinen Artikeln von 1932 in der New Yorker *Encyclopedia for Social Sciences* auf einige Gastsemester in den USA zurückblicken. Das Zusammenwachsen beider Stränge zu einer eigenständigen Politikwissenschaft wurde forciert durch die Nachfrage seitens der Politischen Bildung und die Aktivitäten der 1930 gegründeten „Vereinigung der Freunde der Politischen Wissenschaft“. Wissenschaftler anderer Disziplinen wie die Soziologen Karl Mannheim und Alfred Weber beteiligten sich an der konzeptionellen Debatte und liefern eigene Forschungsbeiträge. – Dieses Bild ließe sich noch weiter ausspinnen, etwa unter Einbezug des Hamburger Instituts für Auswärtige Politik oder der für politikwissenschaftliche Belange offeneren Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Hamburg. Doch es kann hier abgebrochen werden. Denn eines wird daraus bereits deutlich. Wie hoch man auch den Einfluß der Remigranten auf die westdeutsche Politologie der Gründerzeit schließlich genauer bemessen wird, bei dem vorgestellten „normalen Verlauf“ der Wissenschaftsentwicklung für die Jahre nach 1933 wäre eine deutsche Politikwissenschaft aller Voraussicht nach soziologischer und „amerikanischer“ ausgerichtet gewesen, als es die dominierenden Paradigmen in der Bundesrepublik bis Mitte der sechziger Jahre real waren. Wissenschafts-

geschichtlich ist weniger der Wissenschaftstransfer durch die Emigranten das auffällige Phänomen der Politikwissenschaft im Nachkriegsdeutschland, als die relative Eigenständigkeit des disziplinären Profils.

Besprochene Literatur

Antisemitismus und jüdische Geschichte – Zu Ehren von Herbert A. Strauss, Hg. von Rainer Erb und Michael Schmidt. Berlin: 1987, Wissenschaftlicher Autorenverlag. 557 Seiten, Kt. 68,- DM, Ln. 88,- DM.

Betz, Albrecht: Exil und Engagement. Deutsche Schriftsteller im Frankreich der dreißiger Jahre. München: 1986, Text und Kritik. 338 Seiten, 39,- DM.

Deutschland nach Hitler. Zukunftspläne im Exil und aus der Besatzungszeit 1939–49. Hg. von Thomas Koebner, Gert Sautermeister und Sigrid Schneider. Köln und Opladen: 1987, Westdeutscher Verlag. 380 Seiten, 48,- DM.

Exil, Wissenschaft, Identität. Die Emigration deutscher Sozialwissenschaftler 1933–45. Hg. von Ilja Srubar. Frankfurt/Main: 1988, Suhrkamp. 384 Seiten, 24,- DM.

Exilforschung. Ein internationales Jahrbuch Band 6. Vertreibung der Wissenschaften und andere Themen. Herausgegeben im Auftrag der Gesellschaft für Exilforschung/Society for Exile Studies. München: 1988, Text und Kritik. 244 Seiten, 36,- DM.

Möller, Horst: Exodus der Kultur – Schriftsteller, Wissenschaftler und Künstler der Emigration nach 1933. München: 1984, Beck. 136 Seiten, 16,80 DM.

Mühlen, Patrik von zur: Fluchtziel Lateinamerika. Die deutsche Emigration 1933–45 – politische Aktivitäten und soziokulturelle Integration. Bonn: 1988, Neue Gesellschaft. 336 Seiten, 48,- DM.

Peterson, Walter F.: The Berlin Liberal Press in Exile – A History of the Pariser Tageblatt/

Pariser Tageszeitung 1933–45. Tübingen: 1987, Niemeyer. 278 Seiten, 114,- DM.

Rutkoff, Peter M. und Scott, William B.: *New School – A History of the New School for Social Research*. New York: 1986, Free Press. 314 Seiten, 22,- \$.

Söllner, Alfons (Hrsg.): *Zur Archäologie der Demokratie in Deutschland*. Analysen von politischen Emigranten im Geheimdienst. 2 Bände. Frankfurt/Main: 1986, Fischer, 312 und 310 Seiten, zus. 29,60 DM.

Weitere zitierte Literatur

Frühwald, Wolfgang, 1986: Die Vertreibung der Wissenschaft aus Deutschland. Aufgaben und Perspektiven – Vorschlag zu einem Forschungsprogramm, in: Jahrbuch der historischen Forschung in der Bundesrepublik Deutschland Berichtsjahr 1986, 47–56.

Göhler, Gerhard, 1986: Vom Sozialismus zum Pluralismus – Politiktheorie und Emigrationsforschung bei Ernst Fraenkel. In: Politische Vierteljahresschrift 26, 6–27.

Habermas, Jürgen, 1984: Alfred Schütz – Die Graduate Faculty der New School of Social Research, in: *Ders.*, Philosophisch-politische Profile. Frankfurt/M., 402–411.

Krohn, Claus-Dieter, 1987: Wissenschaft im Exil. Deutsche Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler in den USA und die New School for Social Research. Frankfurt/New York.

Lepsius, M. Rainer, 1981: Die Sozialwissenschaftliche Emigration und ihre Folgen, in: *Ders.* (Hrsg.), Soziologie in Deutschland und Österreich 1918–45, 461–500.

Mohr, Arno, 1988: Politikwissenschaft als Alternative. Bochum.

Söllner, Alfons, 1986: Otto Kirchheimer in Amerika – Emigrationserfahrung und Internationalisierung der Politikwissenschaft, in: *Journal für Sozialforschung* 26, 503–510.

Speier, Hans, 1987: The University in Exile, in: *Contemporary Sociology* 16, 278–279.

Nach Fertigstellung erschienen:

Manfred Briegel/Wolfgang Frühwald (Hrsg.): *Die Erfahrung der Fremde*. Weinheim: VCH, acta humaniora, 1988, 293 S.